

EXKLUSIV: Glenn Greenwald über die Impfpflicht, bürgerliche Freiheiten, Assange und Snowden

Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.

Zain Raza (ZR): Vielen Dank für Ihr Interesse und willkommen zu einer weiteren Folge von *Die Quelle*. Ich bin Ihr Gastgeber, Zain Raza, und unterhalte mich heute mit dem Pulitzer-Preis ausgezeichneten Journalisten Glenn Greenwald. Er ist der Journalist, der die streng geheimen NSA- Informationen veröffentlichte, die der Whistleblower Edward Snowden enthüllte. Er ist Autor zahlreicher Bücher, das jüngste ist “Securing Democracy: My Fight for Press Freedom and Justice in Bolsonaros Brazil”. Willkommen zurück zu unserer Sendung. Es ist schon eine Weile her. Wie geht es Ihnen und wie ist die Lage in Brasilien?

Glenn Greenwald (GG): Es geht mir sehr gut. Danke der Nachfrage. Ich freue mich wie immer auf das Gespräch. Die Ereignisse in Brasilien sind kompliziert. Im Oktober nächsten Jahres finden Wahlen statt. Das dürfte sehr interessant werden. Aber im Allgemeinen ist alles gut, und ich hoffe das gilt auch für Sie.

ZR: In Deutschland ist soweit alles in Ordnung, außer, dass wir erneut auf einen Lockdown zusteuern. Genau darüber möchte ich mit Ihnen sprechen. Letztes Jahr, als wir im Mai 2020 sprachen, war das Coronavirus noch relativ neu. Es war schwierig, die Situation richtig einzuschätzen. Damals habe ich Sie speziell nach den bürgerlichen Freiheiten gefragt, und Sie erklärten, und ich paraphasiere hier, dass die Regierung zwar einige ihrer Maßnahmen rechtfertigen kann, um den Schutz der Gesundheit und die Sicherheit ihrer Bürger zu gewährleisten, dass es aber für die Bürger wichtig ist, in diesen Zeiten aufmerksam zu bleiben, da diese Gesetze permanent eingeführt werden könnten. Nebenbei bemerkt wurde das Video, auf das ich mich beziehe, sofort von YouTube entfernt. Wie dem auch sei, um auf das Thema zurückzukommen, erleben wir jetzt, fast 19 Monate später, eine völlig veränderte Situation. In vielen Ländern wurden digitale Impfstoffausweise eingeführt, häufig im Unternehmenssektor benötigt. Es werden Maßnahmen wie COVID-Pässe und Impfstoffmandate eingeführt. In Deutschland zum Beispiel werden viele öffentliche

Arbeitsplätze oder Dienstleistungen nur noch für Geimpfte oder für von COVID-19 Genesene zugänglich gemacht. Chomsky erklärte sogar, dass ungeimpfte Menschen sich freiwillig isolieren sollten, wobei die Lebensmittelversorgung ihr eigenes Problem sei. Eine Essenz für den guten oder schlechten Grund, der eine gespaltete Gesellschaft ausmacht. Wie schätzen Sie die Situation jetzt ein? Ist die Regierung im Recht, oder denken Sie, dass sie zu weit gegangen ist?

GG: Ich würde sagen, dass bei allen Fragen, bei denen es um einen Konflikt zwischen der öffentlichen Sicherheit einerseits und den bürgerlichen Freiheiten oder der Macht der Regierung andererseits geht, die Ereignisse nach dem 11. September einen guten Rahmen bieten. Zum Teil, da es sich um ein so anschauliches Beispiel handelt, aus dem wir alle so viele Lehren gezogen haben. Vielleicht auch, weil dieses Ereignis mich dazu veranlasste, die juristische Arbeit aufzugeben und über Politik zu schreiben. Es ist also der Ausgangspunkt, den ich verwende. Aber was dort geschah, ist meiner Meinung nach sehr lehrreich. Tatsächlich gab es eine konkrete Bedrohung, auf die man sich berief, um die Maßnahmen nach dem 11. September zu rechtfertigen. Die Bedrohung durch den Terrorismus war real. Zwei Passagierflugzeuge flogen in zwei riesige Bürogebäude in der Innenstadt von Manhattan und töteten 3000 Menschen. Ein weiteres Flugzeug wurde in das Pentagon geflogen. Es gab ein viertes, das abgeschossen wurde. Im Laufe der Jahre hat es Terroranschläge mit vielen Opfern in den Vereinigten Staaten und außerhalb gegeben, die Bedrohung war also weder vorgetäuscht noch etwas, worüber wir nicht besorgt sein sollten. Die Frage war, erlauben wir der Regierung, die Bedrohung maßlos zu überzeichnen und für einen zu langen Zeitraum Vollmachten zu verlangen, die die tatsächliche Bedrohung übersteigen? Und ich glaube, die meisten von uns bejahten diese Frage. Und viele der Dinge, die direkt nach dem 11. September passierten und von denen es hieß, sie seien temporär, bis die Krise unter Kontrolle sei, wie der Patriot Act, aber auch viele andere Beispiele, sind auch 20 Jahre später noch aktuell. 20 Jahre später, obwohl es im Grunde keine Al Qaida mehr gibt. Osama bin Laden ist tot. ISIS ist besiegt. Die Lektion lautet also, dass Regierungen, Staaten, Beamte und andere Machtzentren, die im Namen der Bekämpfung einer bestimmten Bedrohung oder Krise Befugnisse erhalten, auch weiterhin bestehen bleiben, sobald man sie dazu ermächtigt. Und hier sind wir nun Ende 2021. Das besagte Interview fand vor 18 Monaten statt, und nicht nur alle diese Befugnisse, über die ich mir damals Sorgen gemacht habe, bestehen nach wie vor; wir haben sogar noch umfassendere Befugnisse, noch mehr Ausgangssperren. Menschen, die sich weigern, den Gesundheitsprotokollen Folge zu leisten, werden von der Gesellschaft isoliert, ihnen wird die Arbeit verweigert, und sie dürfen nicht mehr reisen. Erstaunlich ist, dass es zum Zeitpunkt des Interviews im Juni 2020 noch keinen Impfstoff und keine Behandlungsmöglichkeiten gab und wir nur sehr wenig über das Virus wussten. 18 Monate sind vergangen. Die wichtigste Veränderung besteht in der Verfügbarkeit eines allgemein zugänglichen Impfstoffs, der in fast allen Fällen vor schwerer Krankheit und Tod schützt. Und dennoch wird dies kaum als bedeutende Veränderung wahrgenommen. Und das zeigt meines Erachtens, dass sich diese Trägheit oft von selbst fortsetzt. Bezüglich der Frage des Umgangs mit Ungeimpften und der Idee von Chomsky, dass sie im Grunde in

Lager gehören, so drückte er sich in etwa aus, sie sollten isoliert und gemieden werden und an allem gehindert werden, was über das Verlassen dieses Raumes hinausgeht. Schließlich erklärte er, wir sollten ihnen Essen bringen, so wie wir Gefangenen Essen bringen. Aber abgesehen davon sollte ihnen jedes Recht und jedes Privileg verweigert werden. Meiner Meinung nach macht das aus einer moralischen, ethischen oder wissenschaftlichen Perspektive keinen Sinn, und zwar aus zwei Gründen. Erstens: Wenn man an die Wirksamkeit der Impfstoffe glaubt, wie ich es tue, dann schütze ich mich durch die Impfung vor einem schweren Verlauf oder gar dem Tod. Und es gibt keinen Grund, warum ich Ungeimpfte als Gefahr oder Bedrohung ansehen sollte. Für wen sind nicht geimpfte Personen eine Gefahr? Wenn Sie an den Impfstoff glauben, sind Ungeimpfte keine Gefahr für geimpfte Menschen. Warum muss man sie also entlassen, bestrafen und in Lager stecken? Zweitens: Wenn Sie sich Sorgen machen, dass Menschen das Virus auf Sie übertragen könnten, dann wissen wir, dass geimpfte Menschen oft trotzdem an COVID erkranken und das Virus übertragen. Es gibt immer mehr neue Fälle. Ich glaube, in mehreren US-Bundesstaaten sind 25 Prozent aller COVID-Todesfälle geimpfte Personen. Es liegt nahe, dass ein noch höherer Prozentsatz der Erkrankung von Geimpften vorliegt. Angesichts der Tatsache, dass geimpfte Menschen das Virus ebenso wie ungeimpfte Menschen bekommen und übertragen können, warum sollten wir ungeimpfte Menschen weiterhin als Bedrohung ansehen, als Menschen, die bestraft und ihrer Grundrechte beraubt werden müssen? Ich glaube, es ist wirklich zu dieser Art von fast strafendem Ansatz geworden, zu diesem fast religiösen Eifer, dass Menschen, die geimpft sind, rein und gesegnet und gut sind. Menschen, die ungehorsam sind und sich nicht impfen lassen, sind sündig, schmutzig, Krankheitsüberträger. Das ist wirklich eine gefährliche Rhetorik, wenn man bedenkt, wie diese in der Vergangenheit eingesetzt wurde, was mir zunehmend Sorgen bereitet.

ZR: Viele fortschrittliche Organisationen in Deutschland, deren Hauptaufgabe darin besteht, das Für und Wider staatlicher Maßnahmen abzuwägen, haben sich wenig bis gar nicht zu den Nachteilen geäußert. Mit anderen Worten, die negativen Auswirkungen auf die Gesellschaft durch staatliche Einschränkungen oder Impfverpflichtungen. Auf Ihrer Plattform befassen Sie sich mit der Geschichte der öffentlichen Impfkampagnen von Regierungen auf freiwilliger Basis und mit Zwangsimpfungen. Was konnten Sie dabei herausfinden?

GG: Politiker, die Impfvorschriften befürworten und in verschiedenen Städten durchsetzen, feiern den Erfolg bizarrerweise in dem Sinne, dass viele Menschen aus Angst, ihren Arbeitsplatz zu verlieren und ihre Familie nicht mehr ernähren zu können, die Vorschriften befolgen werden. Das leuchtet ein. Diese Art von Zwang funktioniert vielleicht in dem Sinne, dass Menschen gefügig gemacht werden, aber es ist ein sehr brachiales Mittel. Es ist ein sehr drastisches Druckmittel, Menschen vorzuschreiben, dass sie nur dann arbeiten, reisen oder ihr Haus verlassen dürfen, wenn sie die Gesundheitsvorschriften des Staates befolgen. Man könnte also jeden Bürger, der nicht geimpft ist, zwangsweise impfen lassen. Damit wäre die Bevölkerung zu 100 Prozent geimpft. Aber nur wenige Leute befürworten das, da wir erkennen, dass ein Gleichgewicht zwischen der Freiheit der Menschen und der öffentlichen

Gesundheit gefunden werden muss. Und wie ich bereits sagte, sehe ich angesichts dessen keinen Grund mehr, die Ungeimpften in einer Welt nach Einführung der Impfung als Gefahr zu betrachten. Welchen Sinn hat es, Menschen zur Impfung zu zwingen, sei es durch den Einsatz der Polizei, die ihnen den Impfstoff in die Arme spritzt, oder wider ihres Willens, oder indem man sie quasi mit Druckmitteln wie dem Verlust der Arbeitsstelle zwingt? Das ergibt für mich nicht viel Sinn. Wie ich schon sagte, mag es in dem Sinne funktionieren, dass man Menschen zum Gehorsam zwingt, so wie es auch funktionieren würde, wenn man die Polizei zu ihnen nach Hause schickt. Aber ich halte es für einen wirklich schwerwiegenden Eingriff in die Grundrechte der Menschen, sie zu zwingen, sich eine Substanz zu injizieren, die sie nicht wollen. Es mag Zeiten geben, in denen dies gerechtfertigt ist, wenn es sich um eine hoch ansteckende Krankheit handelt, die von geimpften Menschen nicht übertragen werden kann. Aber das ist hier nicht der Fall. Oder wenn es sich um eine Krankheit handelt, für die es keinen wirksamen Impfstoff gibt, könnte man Menschen zu Maßnahmen der öffentlichen Gesundheit zwingen, um die Übertragung zu verhindern. Auch das ist nicht der Fall. Ja, ich bin zunehmend besorgt über diese Zwangsmentalität, die, wie ich bereits sagte, neue Bürokratien schafft. Wenn wir uns die Universitäten und Unternehmen ansehen, haben sie jetzt fünf bis zehn bis zwanzig COVID-Beauftragte, ein Büro für das COVID-Management. Sobald solche Bürokratien entstehen, bleiben diese bestehen. Selbst wenn es morgen tatsächlich ein Heilmittel für COVID gäbe, würden sich diese Bürokratien leicht in, sagen wir, das Amt für Infektionskrankheiten verwandeln und weiterhin dieselben Befugnisse im Namen der öffentlichen Gesundheit allgemein geltend machen. Vielleicht die Grippe, vielleicht andere Coronaviren. Ich denke, dass wir sehr reaktionär handeln, denn die Leute sollen nicht die Kehrseite der Medaille sehen. Das Einzige was zählt, ist die Vermeidung von COVID und all den anderen Kosten, die durch Dinge wie Schulschließungen oder gesellschaftliche Störungen entstehen. Diesen sollten wir keinen Wert beimessen.

ZR: In Deutschland würde Ihre Meinung von vielen, die die Regierungspolitik unterstützen, als Impfgegner empfunden werden und daher sofort in den Bereich der Verschwörungstheorien fallen. Im schlimmsten Fall könnten Sie als Unterstützer einer Meinung abgestempelt werden, die Menschen tötet oder die extreme Rechte fördert. Können Sie über den Begriff "Impfgegner" und die damit verbundene Doppeldeutigkeit sprechen und dessen eigentliche Bedeutung?

GG: Ja, es ist bizarr. Ich werde mich selbst als Beispiel heranziehen, gefolgt von einem anderen. Bevor ich geimpft wurde, trat ich in vielen Sendungen auf, in einigen links- und in einigen rechtsgerichteten, während ich auf die Verfügbarkeit des Impfstoffs in Brasilien für Menschen in meinem Alter wartete. Ich erklärte in jeder einzelnen Sendung, auch bei Fox News, dass ich an den Impfstoff glaube und mich am ersten Tag, an dem er für mich verfügbar ist, impfen lassen will. Auch, dass ich andere Menschen zur Impfung ermutige, wenn sie mich nach meiner Meinung fragen. Nach meiner Impfung erklärte ich in den sozialen Medien und in denselben Sendungen, dass ich jetzt geimpft bin und meine erste

Dosis bekommen habe. Ich bekam meine zweite Dosis, ich bekam die Auffrischung. Ich bin also jemand mit Impfungen, der wiederholt meinen Glauben an die Wissenschaft der Impfstoffe bekräftigt hat und der andere öffentlich ermutigt hat, sich impfen zu lassen. Und doch wurde ich unzählige Male als Impfgegner bezeichnet, weil ich nicht der Meinung bin, dass der Staat andere Menschen zur Impfung zwingen sollte. Ähnlich wie Leute behaupten, wenn jemand das Recht auf Meinungsfreiheit habe, müsse man diese Meinung auch teilen. Ich denke, die meisten vernünftigen Menschen haben begriffen, dass das Recht einer Person, eine bestimmte Meinung zu äußern, nicht bedeutet, dass man dieser Meinung auch zustimmt. Das ist in diesem Fall nicht anders. Die Tatsache, dass ich die Zwangsimpfung nicht befürworte, bedeutet nicht, dass ich gegen den Impfstoff bin. Es bedeutet, dass ich an das Recht glaube, für mich selbst zu entscheiden. Und ich selbst glaube fest an die Wissenschaft der Impfstoffe. Erst kürzlich kam es im Vereinigten Königreich zu einem sehr ähnlichen Vorfall mit Jeremy Corbyn, einer der bewundertesten und beliebtesten Persönlichkeiten der internationalen Linken, der sich gegen zwei verschiedene Maßnahmen der konservativen Regierung des Vereinigten Königreichs, des Tory-Premierministers Boris Johnson, aussprach. Zum einen sollte das Personal des öffentlichen Gesundheitswesens gezwungen werden, sich impfen zu lassen oder der Verlust des Arbeitsplatzes würde drohen. Die andere sah vor, dass ein Impfpass für alle erforderlich ist, die an Großveranstaltungen teilnehmen wollen. Corbyn lehnte beides ab, auch weil die Gewerkschaften erklärten, auf die er, wie es sich gehört, hörte, dass die Beschäftigten, die in den letzten 18 Monaten das Virus ununterbrochen bekämpften, nicht gezwungen werden sollten, sich impfen zu lassen. Einige von ihnen haben aufgrund ihrer COVID-Erkrankung eine natürliche Immunität. Andere sind noch jung. Aber ihr Arbeitsplatz sollte nicht von einer Impfung abhängig gemacht werden. Jeremy Corbyn ist jemand, der sich öffentlich hat impfen lassen. Er hat in öffentlichen Werbespots zur Impfung aufgerufen, und dennoch wird auch er jetzt als Impfgegner bezeichnet. Nur weil er sich gegen diese erzwungene, obligatorische Regierungsgewalt ausspricht. Ironisch finde ich vor allem, dass die Impfgegner meiner Meinung nach diejenigen sind, die darauf bestehen, dass wir nicht zur Normalität zurückkehren können, die darauf bestehen, dass die Regierung jeden entlassen muss, der nicht geimpft ist. Ich denke, dass wir bereit sind, zu einer gewissen Normalität zurückzukehren, und dass ich die Ungeimpften nicht als Bedrohung für mich ansehe, weil ich an den Impfstoff glaube. Ich glaube, dass der Impfstoff mich vor COVID schützt. Daran glaube ich tatsächlich. Deshalb habe ich mich impfen lassen. Deshalb ermutige ich auch andere, sich impfen zu lassen. Die Menschen, die meiner Meinung nach eine Impfgegner-Botschaft verbreiten, sind diejenigen, die immer wieder sagen: Wir können noch nicht zur Normalität zurückkehren, wir müssen die Schulen geschlossen halten. Wir müssen den Reiseverkehr einschränken. Wir müssen die Ungeimpften als gefährlich einstufen. Sie sind diejenigen, die anscheinend nicht wirklich an den Impfstoff und seine Wirksamkeit glauben, wenn sie alle als Impfgegner bezeichnen. Es erinnert mich sehr an die Art und Weise, wie alle Kritiker Israels als Antisemiten beschimpft werden, um sie zu einer Übereinstimmung zu zwingen - so wird auch die Anti-Impf-Debatte geführt. Jeder, der nicht derselben Meinung ist, ist Impfgegner. Ich halte mich für den größten Impfbefürworter. Nicht nur, weil ich mich wie Jeremy Corbyn habe impfen lassen und andere zur Impfung ermutige,

sondern weil alle meine politischen Ansichten zum Umgang mit der Pandemie auf der Überzeugung beruhen, dass der Impfstoff wirkt.

ZR: Auch wenn die Befürworter bestimmter politischer Maßnahmen der Regierung in der Regel immer den Einfluss und die Struktur von Konzernen kritisieren, die ihre Politik beeinflussen. Um nur einige Beispiele zu nennen: Auch wenn Linke nicht gegen das Fahren von Zügen oder die Benutzung von Handys oder Laptops sind, üben sie Kritik an den Konzernen, die diese Güter herstellen. Und ähnlich verhält es sich mit diesem Impfstoff. Eine Sache ist es, über die Wissenschaft zu sprechen, und eine andere, über die Konzerne zu sprechen, die den Impfstoff herstellen. Ich gehe noch einen Schritt weiter: Wenn eine Naturkatastrophe wie COVID eintritt, ändern sich natürlich die Marktbedingungen, was zur Bildung von natürlichen Monopolen oder Oligopolen, Kartellen führen kann. Linke plädieren in diesem Fall traditionell dafür, dass die Regierung eingreift und diese Industrien verstaatlicht, um sicherzustellen, dass keine übermäßigen Gewinne erzielt werden und dass sich die Macht nicht in den Händen einiger weniger Konzerne konzentriert, was zu mehr politischer Macht führt. Im Fall von COVID sehen wir jedoch, dass die Linke zu diesen Teilen der politischen Ökonomie und den Entwicklungen der großen Pharmakonzerne völlig schweigt. Kritisiert man diese großen Pharmakonzerne, spricht man gleich von Verschwörungstheorien. Es wird nicht unterschieden zwischen den produzierten Gütern und den politischen und wirtschaftlichen Strukturen, die sich hinter diesen großen Pharmakonzernen verbergen. Was glauben Sie, warum ist die Linke so zurückhaltend in ihrer Kritik an der politischen Ökonomie der Big Pharma und deren angehäuften immensen Macht?

GG: Eine großartige Frage. Dies erinnert mich sehr an die Geschehnisse während der Trump-Jahre, als der Skandal über die Bedrohung durch Russland vier Jahre lang die Schlagzeilen in den Vereinigten Staaten und in Teilen Westeuropas dominierte. Der Skandal über geheime Absprachen zwischen Trump und Russland ging von der CIA aus und war eine von der CIA erfundene Geschichte. Sie waren es, die sie verbreiteten, sowie ihre Partner bei der NSA und anderen staatlichen Sicherheitsorganen. Trotzdem durfte man in großen Teilen der Linken keine Skepsis an dieser Geschichte äußern. Man durfte keine Skepsis gegenüber Behauptungen äußern, die von der CIA stammten, oder gar deren Absichten in Frage stellen. Zum Helden der Linken wurde der ehemalige FBI-Direktor Robert Mueller, der nach dem 11. September der FBI-Direktor unter George Bush war. Er war derjenige, der Muslime in den Vereinigten Staaten zusammentrieb und die Invasion des Irak befürwortete. Mit der Behauptung, es gäbe eindeutige Beweise. Das waren die Leute, die wir unterstützen und bejubeln sollten. Pfizer und Moderna sind einige der größten Pharmaunternehmen der Welt, deren Aussagen wir nicht sofort abwerten sollten, aber wir sollten uns bewusst sein, dass sie ein enormes Profitstreben haben. Sie preisen nicht nur den Impfstoff mit all seinen Vorteilen an, sondern bestehen jetzt darauf, dass nicht nur die zwei ursprünglich ausreichenden Impfungen notwendig sind, sondern auch die dritte Auffrischungsimpfung, die vierte Auffrischungsimpfung, sicherlich auch die fünfte, sechste, siebte, achte und neunte benötigt wird, um als vollständig geimpft zu gelten. Die Frage, die Sie mir vorhin gestellt haben,

bezüglich des Umgangs mit Ungeimpften: Vor drei Monaten bedeutete "ungeimpft" etwas anderes als heute. Vor drei Monaten bedeutete "ungeimpft" jemanden, der nicht die zwei Impfungen erhalten hat. Heute ist es jemand, der nicht zwei Impfungen plus die Auffrischungsimpfung erhalten hat. In drei Monaten bedeutet es, dass jemand keine vier Impfungen erhalten hat. Und die Linke fragt sich anscheinend kaum, ob die Behauptungen der großen Pharmakonzerne und ihrer Partner in der öffentlichen Gesundheit und der wissenschaftlichen Industrie angezweifelt oder in Frage gestellt werden sollten oder nicht. Sie haben auch auf den Ausbau von Reichtum durch die größten Konzerne während der Pandemie hingewiesen. Sie können jede Metrik verwenden. Der Reichtum der 200 reichsten Milliardäre der Welt hat sich verdreifacht oder vervierfacht. Die von ihnen gegründeten und gehaltenen Großkonzerne wie Amazon, Google und Co. sind aufgrund unserer Abhängigkeit von ihnen dramatisch gewachsen, während kleine Unternehmen aufgrund von Ausgangssperren, Quarantänen und wirtschaftlichen Störungen zunehmend verschwunden sind. Die Oligarchie, die bereits vor der Pandemie bestand, ist also durch all diese Einschränkungen weitaus stärker als noch vor zwei Jahren. Die Fähigkeiten diese Konzernriesen herauszufordern, wird immer geringer. Und dennoch scheinen wir das alles nicht in Frage zu stellen. Unsere Feinde sind nicht die großen Konzerne, die große Pharmaindustrie, die große Regierung oder die Sicherheitsdienste. Unsere Feinde sind ganz normale Bürger, die sich, aus diversen Gründen, nicht impfen lassen wollen. Das sind die Menschen, die wir hassen und auf die wir uns konzentrieren sollen, und den anderen gebührt Gehorsam, Unterwerfung und Dankbarkeit. Das erscheint mir eine sehr aggressive Verdrehung linker Werte zu sein.

ZR: Ich möchte nun das Thema wechseln und mich auf Julian Assange konzentrieren. Bevor ich auf das Thema näher eingehe, möchte ich wissen, inwieweit die Medien an dem heutigen Ergebnis, dass Julian Assange an die Vereinigten Staaten ausgeliefert werden soll, eine Mitschuld tragen? Welche Rolle haben sie bisher gespielt?

GG: Viele von Ihnen wissen wahrscheinlich, dass während der Trump-Jahre die Sorge der Medien vor allem darin bestand, dass die Pressefreiheit von Donald Trump angegriffen werden könnte. Die Washington Post hat sehr früh in der Trump-Präsidentschaft ein neues Motto oder ein Unternehmensmotto angenommen, das oben auf ihrer Seite erscheint: "Democracy dies in darkness". Es gab viele Behauptungen, dass Trump eine ernste Bedrohung für die Pressefreiheit darstelle, weil er sich oft kritisch über die Presse äußerte. Er würde die Medien beleidigen. Er nannte die Presse den Feind des Volkes. Die größte Bedrohung für die Pressefreiheit, die während der Präsidentschaft von Trump erfolgte, war bei weitem die Anklage gegen Julian Assange, dem 18 Straftaten nach dem Spionagegesetz zur Last gelegt werden. Dasselbe Gesetz wurde gegen Edward Snowden angewandt und gegen Daniel Ellsberg, der 1971 die Pentagon-Papiere veröffentlicht hatte. Assange wird beschuldigt, im Zusammenhang mit der Veröffentlichung dieser Dokumente, die er 2010 von Chelsea Manning erhalten hatte, Straftaten begangen zu haben. Es hat nichts mit der Wahl 2016 oder seiner Rolle in dieser zu tun, zumindest formell nicht. Die Anklage beinhaltet

nichts dergleichen. Die Argumentation lautet jedoch, dass er durch die Veröffentlichung dieser Dokumente und seine Zusammenarbeit mit Chelsea Manning kriminell handelte. Sollte die zur Kriminalisierung von Assange herangezogene Theorie umgesetzt werden, würde dies im Grunde den gesamten investigativen Journalismus kriminalisieren, denn alle Handlungen, wie der Versuch Chelsea Manning zu schützen, oder sie zu ermutigen, weitere Dokumente zur Verfügung zu stellen, oder die Öffentlichkeit um Informationen zu bitten und zu ermutigen, geheime Informationen weiterzugeben, sind Dinge, die investigative Journalisten, wenn sie gut sind, permanent praktizieren. Der erste Artikel, den ich jemals über die Gefahren der Assange-Anklage geschrieben habe, war im Mai 2019. Im Juni 2019 begann ich zusammen mit meinen Kollegen in Brasilien eine einjährige investigative Enthüllungsgeschichte, die die Korruption hochrangiger Beamter in der Regierung Bolsonaro aufzeigte. Und im Januar 2020 wurde ich von der brasilianischen Regierung strafrechtlich angeklagt, unter Verwendung exakt der gleichen Theorie, die die US-Regierung zur Verfolgung von Assange verwendet. Der Oberste Gerichtshof intervenierte in meinem Fall und erließ im Wesentlichen ein Urteil, das besagt, dass dies eine Verletzung meiner Pressefreiheit wäre. Der einzige Grund, warum ich nicht verhaftet und inhaftiert wurde, ist dieses Urteil. Aber dieses Konzept ist für jeden Journalisten weltweit unglaublich gefährlich. Und bedenken Sie den besonders prekären Umstand, dass Julian Assange kein amerikanischer Staatsbürger ist. Er befindet sich nicht auf amerikanischem Boden. Die USA operieren weltweit, um ihn festzunehmen und in die Vereinigten Staaten zurückzubringen, ein Land, zu dem er keine Verbindung hat. Wenn die The New York Times geheime Dokumente aus dem Iran veröffentlicht, wie sie es getan hat, oder aus Russland oder China, hätte nach diesem Prinzip jede dieser Regierungen das Recht, die Reporter an ihr Land auszuliefern und sie aufgrund der Gefährdung der nationalen Sicherheit oder wegen Spionage anzuklagen. Und doch gibt es kaum Beschwerden, keine Bedenken, keine Warnungen seitens der amerikanischen Medien. Hysterisch wurden sie jedes Mal, wenn Trump eine Beleidigung über eine TV-Persönlichkeit twitterte, als ob dies ein schwerer Angriff auf die Pressefreiheit wäre. Hier handelt es sich um einen tatsächlichen Angriff auf die Pressefreiheit. Einige von ihnen, während Trump dies tat, verteidigten Assange. Aber jetzt, unter der Regierung Bidens, die ihn aggressiv verfolgt und sich weigert, seine Anklage fallen zu lassen, gibt es kaum Berichterstattung über den Fall, geschweige denn Anklagen über die Taten der Biden Regierung. Die US-Medien verabscheuen Julian Assange so sehr. Sie hassen ihn aus persönlichen Gründen. Sie sind neidisch, weil er so viele Geschichten enthüllte, mehr als sie es je getan haben oder tun werden. Sie verabscheuen ihn, weil sie der Meinung sind, dass er Trump bei der Wahl 2016 geholfen hat, indem er akkurat über Hillary Clinton informierte. Der Hass auf Julian Assange ist so groß, dass kaum ein amerikanischer Medienvertreter über diese Geschichte berichtet, geschweige denn Einspruch erhebt. Und das ist natürlich einer der Hauptgründe, warum die US-Regierung mit dem Versuch durchkommt, ihn zurück in die Vereinigten Staaten zu bringen und ihn für immer im Gefängnis zu halten.

ZR: Julian Assange wurde in der ecuadorianischen Botschaft ausspioniert. Darüber hinaus gab es Pläne der CIA und anderer Regierungsvertreter, ihn zu ermorden. Schließlich gab der

Kronzeuge der USA, der nachweislich mehrfach wegen sexuellen Missbrauchs von Minderjährigen und sogar wegen Finanzbetrugs verurteilt worden war, die Erfindung wichtiger Anschuldigungen gegen Assange zu. Diese Fakten fanden in den deutschen Medien bei der Urteilsverkündung wenig bis gar keine Beachtung. Das Urteil wurde einfach sehr objektiv dargestellt. Warum wurde diesen Tatsachen Ihrer Meinung nach vor dem britischen Gericht nicht das Gewicht beigemessen, das sie verdient hätten? Wenn Navalny zum Beispiel in Russland vor Gericht gestellt worden wäre und all diese Dinge von der russischen Regierung getan worden wären, hätten wir eine große Berichterstattung und eine Gewichtung dieser Fakten erfahren. Warum, glauben Sie, wurden diese Entwicklungen vom britischen Gericht einfach verworfen?

GG: Es ist erstaunlich. Ich habe Julian Assange, ich glaube es war 2018, in der ecuadorianischen Botschaft in London als Journalist besucht. Ich besuchte ihn mit meinem Mann, David Miranda, der ein gewähltes Mitglied des brasilianischen Kongresses war, der Mitglied des Ausschusses für Außenbeziehungen ist und mit einem brasilianischen Diplomatenpass nach London reiste. Wir reisten dorthin für eine Veranstaltung über die Geschehnisse am Flughafen Heathrow während der Snowden-Berichterstattung an David [Kontext: David Miranda wurde 2013 in Heathrow aufgrund von Anti-Terror-Gesetzen aufgehalten] und wir besuchten die Botschaft. Wir gehörten zu den Menschen, die von diesem privaten, von der CIA angeheuerten Auftragnehmer ausspioniert wurden, wie viele andere Menschen auch. Eine unglaubliche Verletzung der diplomatischen Protokolle, der Pressefreiheit und der Privatsphäre. Darüber hinaus leidet er in der Botschaft oder in dem Gefängnis, in dem er sich befindet, sehr. Seine Ärzte bestätigen, dass sich sein körperlicher und geistiger Gesundheitszustand rapide verschlechtert. Und doch wird darüber kaum berichtet. Stattdessen beschuldigen die US-Medien, die deutschen Medien, die britischen Medien gerne andere Länder, Journalisten anzugreifen. Sie berichten gerne über Putins Vorgehen gegen Nawalny und Chinas Vorgehen gegen Journalisten. All das mag wahr sein. Aber welche moralische Glaubwürdigkeit haben die Vereinigten Staaten und das Vereinigte Königreich, wenn sie andere Länder für die Bestrafung von Journalisten oder Angriffe auf die Pressefreiheit verurteilen, während die Person, die meiner Meinung nach einer der bedeutendsten Journalisten unserer Generation ist, wenn nicht sogar der bedeutendste, von diesen beiden Regierungen inhaftiert wird? Er wurde auf jede erdenkliche Weise misshandelt, seine grundlegenden Menschenrechte und politischen Rechte wurden jahrelang verletzt, ohne dass dagegen Einspruch erhoben wurde. Das ist etwas, über das jedes andere Land in der Welt nur müde lächeln wird, wenn die USA und das Vereinigte Königreich so tun, als könnten sie andere Länder für ihre Angriffe auf die Pressefreiheit anprangern. Und sie sollten verspottet werden, weil sie die schlimmsten Verstöße begehen.

ZR: Eine Organisation namens Project Veritas wurde vom FBI wegen ihrer kontroversen Arbeit über Biden überprüft. Assange wird jetzt wegen seiner Arbeit mit WikiLeaks an die USA ausgeliefert. Nicht nur Verleger werden von Regierungen verfolgt, sondern auch Konzerne handeln ähnlich. Auf YouTube, Twitter und Facebook werden Inhalte von

unabhängigen und alternativen Medien gelöscht oder entfernt, ganz gleich, ob es sich um Kritik an Biden oder der Corona-Politik usw. handelt. So ist zum Beispiel acTVism Munich jedes Jahr um Tausende und Abertausende von Abonnenten gewachsen. Dies ist das erste Jahr, in dem wir, obwohl wir mehr Videos als im letzten Jahr produziert haben, keine Abonnenten gewonnen haben, etwas hat die Algorithmen verändert, wir wissen nicht, was es ist. Vor diesem Hintergrund möchte ich Sie als Verfassungsjurist fragen, was Meinungsfreiheit und Pressefreiheit eigentlich bedeuten. Ist sie nur der institutionellen Presse und ausgewiesenen Journalisten vorbehalten? Oder geht die Definition darüber hinaus?

GG: Die amerikanischen Gesetze unterscheiden sich offensichtlich von den Gesetzen anderer Länder. Aber in den Vereinigten Staaten, wo die Pressefreiheit erstmals durch die Verfassung geschützt wurde, glauben viele Menschen fälschlicherweise oder wurden vorsätzlich zu der Annahme verleitet, dass das Recht auf Pressefreiheit nur für diese kleine privilegierte Gruppe von Menschen gilt, die sich Journalisten nennen. Wird also gesagt, dass die Strafverfolgung von Assange ein Angriff auf die Pressefreiheit ist, wird oft eingewendet, dass Julian Assange kein Journalist ist und es sich daher nicht um einen Angriff auf die Pressefreiheit handeln kann. Ich verstehe nicht, wie die Leute zu dem Schluss kommen, dass Julian Assange kein Journalist ist, wenn man bedenkt, dass er mehr wichtige Berichte veröffentlicht hat, als alle seine Kritiker zusammen. Für mich ist seine Arbeit klassischer Journalismus. Er erhält Informationen im öffentlichen Interesse aus einer geheimen Quelle und veröffentlicht sie, damit die Öffentlichkeit die Handlungen von Regierungen oder anderer Machtzentren nachvollziehen kann. Das scheint mir klassischer Journalismus zu sein, doch wem traut die Linke letztlich die Entscheidung zu, zu bestimmen, wer ein Journalist ist und wer nicht? Ich meine, wer entscheidet das? Ist es die US-Regierung? Sie entscheiden, ob diese Person ein Journalist ist. Oder nicht. Diese Entscheidung traue ich keiner Institution zu, aber der viel wichtigere Punkt ist, dass die Pressefreiheit, so wie sie zum Zeitpunkt der Verabschiedung der Verfassung verstanden wurde, nie dazu gedacht war, nur eine kleine Gruppe von Privilegierten zu umfassen, wie z. B. eine kleine Gemeinschaft von lizenzierten, anerkannten Journalisten. Das Recht stand allen Bürgern zu. In der Tat, was es wirklich bedeutete: Menschen, die die Presse nutzten. Der Grund für die Bezeichnung "Presse" ist, dass sie buchstäblich eine Druckerpresse, Vervielfältigungsmaschinen und dergleichen benutzten. Kolonisten in den Vereinigten Staaten, wie Thomas Paine und andere, druckten Materialien, um die Öffentlichkeit gegen die britische Krone zu mobilisieren. Und die meisten von ihnen waren keine professionellen Journalisten. Thomas Paine hat nie bei einer Zeitung gearbeitet. Er hat nie in einem Medienunternehmen oder ähnlichem gearbeitet. Er war einfach ein Bürger mit anderen Beschäftigungen, aber er nutzte die Presse zur Meinungsäußerung. Genau das bedeutet Pressefreiheit. Dabei geht es nicht um eine gewisse Gruppe von Menschen, die als Journalisten zugelassen sind und für die es andere Rechte gibt. Das Gegenteil ist der Fall. Es bedeutet, dass alle Bürger das Recht auf Meinungsäußerung und Information ihrer Mitbürger durch die Presse wahrnehmen können. Das ist etwas, das allen Bürgern zusteht, es spielt also keine Rolle ob jemand Journalist ist. Ich denke, Sie haben etwas sehr Wichtiges auf den Punkt gebracht: Der Gedanke, dass einige Leute der Rechten gegen grundlegende

bürgerliche Freiheiten oder die freie Meinungsäußerung sind, ist weder neu noch überraschend für mich. Beunruhigend ist, wie viel Unterstützung die Linke findet, die anscheinend Google und Facebook und großen Technologiekonzernen oder sogar der Regierung vertrauen will, um unseren Diskurs zu überwachen, zu regulieren und zu zensieren. Ich bemühe mich vor allem darum, den Menschen klarzumachen, dass die Macht der Zensur oder die Macht, Journalisten zu bestrafen, nichts mit links oder rechts zu tun hat. Es geht um jeden, der das Machtgefüge oder die Narrative von Orthodoxie und Frömmigkeit, die das System verbreitet, in Frage stellen will- egal ob rechts- oder linksgerichtet. Sie erwähnten zuvor, dass Videos von Ihnen, sogar das Interview mit mir, von YouTube gelöscht wurden. Linksgerichtete Menschen werden überall auf der Welt Opfer der Zensur durch die großen Technologiekonzerne. Die erste Reportage, die ich jemals über Facebook-Zensur gemacht habe, 2016, war eine Reportage darüber, wie die israelische Regierung Listen erstellt und sie an Facebook weitergibt, in denen palästinensische Journalisten und Aktivisten aufgeführt sind, die angeblich zum Terrorismus aufrufen, womit die israelische Regierung Kritik an Israel meint. Und in 98 oder 99 Prozent der Fälle verwendet Facebook diese Listen und sperrt oder entfernt die Seiten, die Facebook-Seiten derjenigen Menschen in Palästina, die die Israelis zum Schweigen bringen wollen. So funktioniert die Zensur. Sie ist ein Instrument der Mehrheit, das immer gegen Marginalisierte eingesetzt wird. Manchmal handelt es sich bei den Betroffenen um Menschen, die Ansichten vertreten, die Sie nicht mögen, wie z. B. rechte Randgruppen. Doch wenn der Zensur applaudiert wird, weil sie sich gegen eine rechte Stimme richtet, die einem missfällt, dann bestätigt man damit einen Präzedenzfall, der besagt, dass die Regierung das Recht hat, jeden Bürger, der sich am Rande der Gesellschaft befindet, zum Schweigen zu bringen. Die Einzigen, die sich Gehör verschaffen können, sind diese lizenzierten, zugelassenen Medien, die nichts anderes tun, als die Meinung des Systems zu verbreiten und es niemals in Frage stellen, herausfordern oder untergraben. Genau das ist der Zweck dieses Systems, weshalb die Unterstützung dieses Systems für jeden, der sich selbst als links ansieht, wahnsinnig ist.

ZR: Unsere Zuschauer haben ein großes Interesse an Edward Snowden. Wir haben ihn 2017 interviewt. Deshalb würde ich Sie gerne fragen, wie es ihm geht und wie seine Situation in Russland aussieht?

GG: Ihm geht es sehr gut, wenn man bedenkt, dass er seit acht Jahren in einem Land lebt, das er sich nicht ausgesucht hat, und das er nicht verlassen kann, ohne dass ihm die unmittelbare und sichere Gefahr einer Verhaftung durch die mächtigste Regierung der Welt droht und er für den Rest seines Lebens in einen Käfig gesperrt wird. Angesichts dieser äußerst repressiven Einschränkungen, unter denen er seit 2013 lebt, geht es ihm also gut. Er ist verheiratet. Vor etwa einem Jahr hat er mit seiner langjährigen Freundin, inzwischen Ehefrau, ein Kind bekommen. Er leistet äußerst erfüllende Arbeit. Er arbeitet mit der *Freedom of the Press Foundation* zusammen, einer Organisation, die ich mitbegründet habe, zusammen mit Personen wie Daniel Ellsberg, dem Whistleblower, der die Pentagon Papiere der The New York Times übermittelt hat. Laura Poitras, die mit mir an der Snowden-Berichterstattung

gearbeitet hat, während sie in Deutschland lebte, und einige andere Befürworter von mehr Transparenz. Er ist der Präsident dieser Organisation. Er hat letztes Jahr ein Buch geschrieben. Er hält Reden. Ihm geht es sehr gut, da er in Russland seine Freiheit hat und sich frei äußern kann. Und das tut er oft zu Themen wie Datenschutz und Überwachung, er kritisiert die russische Regierung, er kritisiert die Regierung der Vereinigten Staaten. Alles in allem geht es ihm also recht gut. Er bedauert die getroffene Entscheidung nicht, sondern ist stolz darauf, denn er weiß, dass er der Welt einen großen Beitrag geleistet hat, indem er uns über die Bedrohungen durch staatliche Überwachung informiert hat.

ZR: Zu meiner letzten Frage: Sie haben *The Intercept* im vergangenen Jahr verlassen und veröffentlichen Ihre Arbeiten jetzt auf anderen Plattformen. Könnten Sie unseren Zuschauern mitteilen, wo sie Ihre Arbeit verfolgen können und warum Sie sich für diese Plattformen entschieden haben?

GG: Gerne. Ich verließ *The Intercept* im Oktober 2020, weil sie in den Wochen vor der Wahl versuchten, mich an der Veröffentlichung eines Artikels zu hindern, den ich über Fakten, die ethische Fragen zu Joe Biden aufwerfen, veröffentlichen wollte. Ich wechselte zu *Substack*, einer Plattform, die Autoren wie mich, die gegen das System gerichtete Ansichten vertreten, die nicht in die Konzernmedien und Leitmedien-Medien passen, schützen soll, damit sie ein großes Publikum erreichen können, ohne zensiert zu werden. Ich schreibe nun schon seit einem Jahr dort. Ich mache jetzt auch Videoinhalte und erstelle Videoreportagen auf einer Plattform namens Rumble, die mit YouTube konkurriert, aber darauf ausgelegt ist, die Meinungsfreiheit zu gewährleisten und zu verhindern, dass Nutzer von der Plattform verdrängt werden, wie es bei Ihren Videos der Fall war, weil sie irgendeine unsichtbare, von Google festgelegte Linie überschritten haben. Und ich mache auch Podcasts und Interviews auf einer neuen Podcast-App namens Callin, C A L L I N, die einen ähnlichen Anspruch hat und die Meinungsfreiheit gewährleisten soll. Es geht um unabhängigen Journalismus und darum, die Menschen vor der zunehmenden Unterdrückung durch große Technologiekonzerne und die Macht des Staates zur Zensur zu schützen. Und für mich ist das zu einem der wichtigsten Gründe für meinen Journalismus geworden, nämlich dafür zu sorgen, dass ich meinen journalistischen Beitrag leiste und mein Publikum auf Plattformen lenke, die diese Werte schützen.

ZR: Glenn Greenwald, Pulitzer-Preisträger und Journalist. Vielen Dank für Ihre Zeit.

GG: Es hat mich gefreut, danke für die Einladung.

ZR: Und danke, dass Sie heute zugehört haben. Vergesst nicht, unseren YouTube-Kanal zu abonnieren, indem ihr auf das Banner unten klickt, und unsere alternativen Kanäle Rumble und Telegram zu besuchen. In der Beschreibung finden Sie die Informationen. Und zu guter Letzt: Vergessen Sie nicht zu spenden, damit wir weiterhin unabhängige und gemeinnützige Nachrichten und Analysen produzieren können. Ich bin Ihr Gastgeber, Zain Raza. Bis zum

nächsten Mal.

ENDE